

An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

Resolution des Rates der Stadt Bielefeld

Die Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Kommunen mit ihrer Integrationsaufgabe nicht alleine lassen!

1. Bielefeld ist eine tolerante, weltoffene und flüchtlingsfreundliche Stadt. Bei uns leben Menschen aus mehr als 150 Nationen, mit verschiedenen Sprachen und Kulturen friedlich zusammen. Jeder dritte Bielefelder/jede dritte Bielefelderin hat eine Migrationsgeschichte. Viele dieser Menschen sind als Geflüchtete zu uns gekommen, haben hier Aufnahme und eine neue Heimat gefunden. **Alle im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppen setzen sich mit Nachdruck dafür ein, dass dieses Klima in unserer Stadt erhalten bleibt und wir auch weiterhin eine Willkommenskultur leben.**
2. Die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Rat der Stadt begrüßt und unterstützt deshalb die Positionierungen des Deutschen Städtetages, insbesondere:
 - verstärkte Anstrengungen zur Integration der Geflüchteten durch Verbesserung und Ausbau von Sprach- und Integrationskursen, Kita- und Schulversorgung sowie Vermittlung in Arbeit;
 - Anerkennung ausländischer Schul- und Ausbildungsabschlüsse;
 - zeitnaher Ausbau der bestehenden Programme zur Wohnraumförderung;
 - Übernahme der Gesundheitskosten durch den Bund für die Dauer der Asylverfahren.

Insbesondere die Forderungen an den Bund und die Länder hinsichtlich der Kostenübernahme und der Schaffung einer ausreichenden Zahl an Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterbringungseinrichtungen werden vom Rat der Stadt Bielefeld ausdrücklich unterstützt.

3. Der Rat der Stadt erkennt die Bemühungen von Bund und Land zur Unterstützung der Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten an. Dennoch ist festzustellen, dass neben den 6,69 Mio. Euro mit denen die Stadt Bielefeld in diesem Jahr an Bundes- und Landesbeteiligung rechnen kann, weitere ca. 6,3 Mio. Euro aus dem kommunalen Haushalt zu tragen sind. **Er fordert deshalb alle Bielefelder Bundestags- und Landtagsabgeordneten auf, sich weiterhin für eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Kosten für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten durch Bund und Land einzusetzen.**